

Privat ist teuer !

Seit einem Vierteljahrhundert rollt die neoliberale Privatisierungswelle um den Globus. Mittlerweile sind selbst Kernbereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Wasser, Gesundheit, Straßenbau, soziale Sicherheit oder der Betrieb von Gefängnissen im Fokus privater Begehrlichkeiten.

Was sind die Gründe?

Im Zuge verschärfter globaler Konkurrenz und bestehender Überkapazitäten sind die Investoren auf der Suche nach neuen und lohnenden Verwertungsfeldern. Dabei werden sie von neoliberalen Regierungen gezielt unterstützt: Zuerst werden Unternehmen und Millionäre massiv von Steuern entlastet. Die öffentliche Hand erzeugt selbstverschuldet und vorsätzlich Haushaltsdefizite, um diese dann mit dem Verkauf des „Tafelsilbers“ und Privatisierungen wieder zu schließen. So wird Vermögen verschenkt, das in den letzten 100 Jahren mit Steuergeldern aufgebaut wurde.

Warum gab es anfangs kaum Widerstand?

Lange Zeit schienen die Argumente der Privatisierer einleuchtend: Öffentliche Unternehmen seien ineffizient und bürokratisch, die Verbraucher würden letztlich die übersteuerten Preise zahlen. Dieses Argument ist nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen. Doch waren alle Privatisierungsprojekte zugleich von Lohnsenkungen, massivem Personalabbau und einer Zunahme der Arbeitsbelastung begleitet. Dies wirkte sich auch auf andere Branchen und Wettbewerber aus und ist mit ein Grund dafür, dass in Deutschland die Reallöhne in den letzten zehn Jahren stagnierten und bestehende Tarifverträge ausgehebelt wurden.

Toll Collect als Paradebeispiel.

Wie „effizient und erfolgreich“ Privatisierungen öffentlicher Aufgaben sind, zeigt das Beispiel LKW-Maut und die Firma Toll Collect. Anstatt auf die eigene Kraft und Kompetenz zu vertrauen, baute Verkehrsminister Stolpe (SPD) lieber auf ein sog. ÖPP-Modell (Öffentlich Private Partnerschaft). Mittlerweile klagt der Bund auf 5,1 Milliarden Euro Schadensersatz. Aber statt aus diesem Fehler zu lernen, verbabschiedete der Bundestag am 29. Juni ein rot-grünes „ÖPP-Beschleunigungsgesetz“, um „Partnerschaften“ wie mit Toll Collect zu erleichtern und vor allem auf den Straßenbau auszuweiten.

Bahn- und Stromprivatisierung sind gescheitert!

Mit der Privatisierung der Bundesbahn wurden alle „unrentablen“ Strecken im Nahverkehr geschlossen. Die Finanzierung des Regionalverkehrs wurde auf die Bundesländer übertragen, die durch die rot-grüne Steuerpolitik weitgehend pleite und handlungsunfähig sind. Im Fernverkehr sind nur noch die Kunden relevant, die die teuren ICE-Züge bezahlen können und mittlerweile ist es billiger, von Berlin nach Düsseldorf zu fliegen als mit der Bahn zu fahren. Die Umwelt, die Flughafenanwohner und die Menschen in den ländlichen Regionen zahlen die Zeche. In Großbritannien führte die Privatisierung von British Rail bereits zu einem Fiasko. Das Streckennetz verkam und tödliche Unfälle häuften sich, da der private Eigentümer lieber Dividenden ausschüttete, als in die Sicherheit zu investieren. Tony Blair sah sich gezwungen, das Bahnnetz wieder in Staatseigentum zu überführen. In der Stromerzeugung entstanden mit Eon, RWE, ENBW und Vattenfall (Eigentümer der BEWAG) in wenigen Jahren vier flächendeckende Oligopole, die den Markt dominieren und die Preise bestimmen. Statt der versprochenen Senkung der Endverbraucherpreise stiegen diese (bereinigt um alle Steueranteile) seit dem Jahr 2000 um über 32 %! Kein Wunder, dass sich der Aktienkurs von RWE in nur zwei Jahren verdreifachte. Selbst die Bundesregierung musste eingestehen, dass die Strompreise in Deutschland für Privatkunden wie für Industriekunden zu den höchsten in Europa gehören. Die Hamburger Aluminiumwerke mussten deshalb bereits Konkurs anmelden, mehrere hundert Arbeitsplätze gingen verloren.

Wasser gehört allen!

Während die Privatisierung der Stromerzeuger noch weitgehend ohne Proteste abließ, entwickelte sich die Verteidigung der öffentlichen Wasserversorgung in vielen Städten zum Knotenpunkt des Protests. In Berlin verkauften SPD und CDU in den 90iger Jahren 49,9% der Berliner Wasserbetriebe an RWE und Veolia. Zugleich garantierte das Land den Investoren eine marktunüblich hohe Rendite. Um diese Rendite zu sichern, muss Berlin seit Jahren auf Teile seines Gewinns verzichten. Zugleich stiegen die Wasserpreise seit dem Jahr 2000 um über 15%. Gegen den Widerstand von Attac und sozialen Bewegungen hat der SPD-PDS-Senat diese Umverteilung als angeblich „alternativlos“ fortgesetzt. In Frankreich dagegen haben sich die ersten Kommunen gegen solch kriminelle Verträge erfolgreich gewehrt und

die Wasserbetriebe wieder in öffentliches Eigentum rücküberführt. Für Berlin fordert die WASG zusammen mit ATTAC und der DGB-Jugend den Rückkauf des privatisierten Anteils. Dies käme das Land in den nächsten 25 Jahren am günstigsten. Zusätzlich hätten die Berlinerinnen und Berliner wieder die Kontrolle über ihr Wasser. Denn schon jetzt beginnen die Wasserwerke die Investitionen in das Leitungsnetz zurückzufahren. Langfristig ist das für die Versorgungssicherheit und die Qualität verheerend.

Der Widerstand reicht von Berlin bis Buenos Aires!

Die WASG versteht sich als Teil des globalen Widerstands gegen Privatisierung und Neoliberalismus. Wir kritisieren das globale GATS-Abkommen oder die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie genauso wie die Wohnungsprivatisierungen der rot-grünen Bundesregierung. Wir schweigen aber auch nicht zur Privatisierungspolitik des SPD-PDS-Senats. Denn allein der Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW an einen amerikanischen Heuschreckeninvestor wird mittelfristig zu steigenden Mieten führen. Der geplante Verkauf und die Privatisierung der Sparkasse ist schlecht für Mittelstand, Gewerbetreibende, Kunden und Beschäftigte und stärkt allein die Macht der privaten Großbanken. Berlin darf nicht sparkassenfreie Zone werden!

Alternativen aufzeigen!

Öffentliche Güter wie Wasser, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Kultur und Rente sind keine Waren, die an den Börsen gehandelt werden dürfen. Ein Krankenhaus ist dazu da, Menschen gesund zu machen und nicht die Rendite des Helios-Konzerns zu steigern. Privatisierung ist ein zentrales Element des Neoliberalismus. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Damit muss Schluss sein! Unser Gegenmodell ist ein effizienter und bürgernaher öffentlicher Sektor, der sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und demokratischer Kontrolle unterliegt. Unser Mittel dazu ist die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Mit einer starken Linken, die auch im Parlament wahrnehmbar ist, aktiven sozialen Bewegungen und kämpferischen Gewerkschaften lohnt es sich, für dieses Ziel gemeinsam zu streiten.

Darum am 18. September:

Linkspartei wählen und bei der WASG mitmachen!